

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Schulkampf. — Morgen. Gedanken
Über anarchistische Ordnung (von Fritz Müller) - Fabriken des Todes. —
Welshelt der Auserwählten.
Eselein, streck dich. — Ein ernstes Wort.

NR. 5

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

JAHRGANG 4

BERLIN

FEBRUAR 1930

Soeben gelangte zur Ausgabe die

LIEBE

von HELENE STÖCKER

Ladenpreis RM. 6.50 in Ganzleinen geb.

Der Kampf zwischen dem Persönlichkeitsbewußtsein der Frau und dem elementaren Triebe wird mit leidenschaftlicher Anteilnahme und mit genialer Einfühlung dargestellt. Eine einzigartige Erscheinung in der modern. Literatur. *Berl. Morgenzeitg.*

Eine wertvolle, unsere Kenntnisse der verborgenen Beziehungen zwischen Körper und Willen, zwischen Liebe und Leben des Weibes tief bereichernde Tat. *Berl. Volkszeitung*

gehört zu den großen Merkwürdigkeiten der Literatur.

Das freie Volk

Bewundernswert ist die Vereinigung von Sinnesglut mit jener hohen Sittlichkeit, die es als unmöglich empfindet, den Mann nicht mehr zu lieben, an dem die Liebende zum Weibe und Menschen gereift ist.

Literarisches Echo

EROTIK UND ALTRUISMUS

von Helene Stöcker

Broschiert RM. 1.—

Helene Stöcker kämpft gegen die Unnatur und Verlogenheit des modernen Geschlechtslebens. Sie steht in ihrem Freimuth und ihrer stolzen Wahrhaftigkeit beinahe unerreicht da. *Die schaffende Frau*

12. bis 17. Auflage des Romans

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und den

Verlag
der Neuen
Generation,
Berlin
Nikolassee



VERKÖNDER UND VERWIRKLICHER

von Helene Stöcker

Preis geb. RM. 2.—, kart. RM. 2.—

Beiträge zum Gewaltproblem nebst einem zum ersten Male in deutscher Sprache veröffentlichten Briefe Tolstofs.

Fritz Gross: Die letzte Stunde

Legenden vom Tode

Erschienen im ASY-Verlag, Berlin O 34, Warschauer Str. 62
328 Seiten Einbandentwurf von Will Faber-Berlin. In Leinen
6.— Mk. Viermarkband der „Gilde Freiheit. Bücherfreunde“.

Diese „Legenden vom Tode“ sind ein menschliches Dokument von seltsamer und überwältigender Fülle. Repräsentanten der Menschheit aus zahllosen Generationen erstehen vor dem Leser und werden gestaltet — in ihrer letzten Stunde. Ruhm, Eitelkeit und Macht, alle Aeußerlichkeiten des Lebens verfliegen, und der Glanz echter Menschlichkeit leuchtet unvergänglich auf. Dieser Totentanz führt die großen Denker, Wohltäter und selbstlosen Revolutionäre der Menschheit aller Zeiten und Völker neben den berühmten Eroberern und Unterdrückern vor unser Auge — sie alle erwachen zu neuem Leben, und das Ursprüngliche und Wesenhafte kommt an den Tag. Gross' Buch ist, in einer reinen, klaren Sprache geschrieben, ein schönes Stundenbuch, ein Lesebuch der Besinnung für alle mit sich und den Uebeln dieser Zeit ringenden Menschen.

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 4

Nummer 5

Februar 1930

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörrhüchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.

Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Schulkampf

Kurz vor der Ausrufung der bayerischen Räterepublik, in den letzten Märztagen 1919, als außer den Sozialdemokraten und übrigen Spießbürgern kein Mensch mehr die Notwendigkeit eines entscheidenden Durchbruchversuchs der proletarischen Revolution verkennen konnte, besuchte mich in meiner Wohnung eine Abordnung von Schülern höherer Lehranstalten, vier junge Menschen im Alter von 14 bis 16 Jahren, um Rat zu erbitten. Die Lehrer seien bar jeder Empfindung für den neuen Geist, der mit dem Novembersturm über die Welt gekommen sei, unfähig, ihre Unterrichtsmethoden und den Inhalt ihrer Belehrung den Forderungen der zukunftssträchtigen Gegenwart anzupassen, verständnislos gegen den Anspruch der Jugend, teilzuhaben am Geschehen der Welt, unverändert pedantisch, autoritär, revolutionsfeindlich und politisch wie kulturell rückständig. Das Verlangen der Schüler nach Mitbestimmung über Lehrplan und Anstaltsdisziplin begegne plattem Hohn, Kritik und Widerspruch der Schüler gegen republikwidrige Äußerungen der Lehrer werde nicht zugelassen; es hagle Bestrafungen, der Geschichtsunterricht zumal stelle eine einzige gegenrevolutionäre Demonstration dar, rote Schleifen, die Einzelne nach Eisners Ermordung und dann am 18. März angesteckt hatten, mußten entfernt werden, der ganze Schulbetrieb laufe auf die systematische Durchkreuzung aller modernen Bestrebungen, auf die Ausbrennung revolutionären Denkens und Fühlens aus den Herzen und Köpfen der Jugend hinaus. Dies alles wurde zuerst stockend und mit unsicheren, verlegenen Worten vorgetragen, allmählich aber, als die Jungen sahen, daß sie hochwillkommen waren und bei mir auf Sympathie und Ermutigung stießen, bekamen sie rote Köpfe, erzählten Einzelheiten und brachten ihr eigentliches

Anliegen heraus. Sie hatten schon gleich bei Beginn der Revolution innerhalb der einzelnen Klassen, später in gemeinsamem Wirken der Erwählten verschiedener Klassen und schließlich in Verbindung mit den Schülern anderer Anstalten Ausschüsse gebildet, um in gegenseitiger Beratung und Verabredung ihr Verhalten im Verkehr mit dem Lehrkörper einzurichten und Mitschüler, besonders Kinder der unteren Schulklassen, für revolutionäre Gedanken zu gewinnen. Jetzt seien sie zu dem Entschluß gekommen, richtige Schülerräte zu schaffen, deren Anerkennung sie von den Rektoren und Behörden verlangen wollten und die sie sich keinesfalls verbieten lassen würden. Ich möchte meine Meinung zu ihrem Vorhaben sagen und sie über Wesen und Form der Räte aufklären, auch die Forderungen mit ihnen durchsprechen, die sie zunächst aufzustellen hätten. Ich holte aus meinen Besuchern heraus, wie sie selbst sich die Lösung dieser Frage dachten, gab ihnen den erwünschten Aufschluß über den Rätegedanken, indem ich ihnen vor allem begreiflich machte, daß sie ihre Obliegenheiten niemals mit allgemeinen Vollmachten an Einzelne abtreten dürften, sondern für rasche Ablösung der Räte durch immer wieder andre Schüler sorgen müßten, damit sich keine Führerschaft herausbilden könne, und formulierte dann mit ihnen zusammen und an der Hand ihrer eigenen Vorschläge die allgemeinen Grundsätze des Mitbestimmungsrechtes der Lernenden in der Schule: Anerkennung der Schülerräte bei vollständiger Selbständigkeit der Schüler in der Auswahl, Zusammensetzung und inneren Struktur dieser Organe; Zulassung von Schülervertretungen bei allen Lehrerkonferenzen; Mitwirkung bei Aufstellung der Stundenpläne und bei der Wahl der Lehrbücher, insbesondere im Geschichts- und Deutschunterricht; Einspruchsrecht gegen reaktionäre Lehrmethoden und revolutionsfeindliche Kundgebungen der Lehrer; beratende Stimme bei Verhängung von Disziplinarstrafen, bei der Erteilung von Schulzeugnissen und bei Versetzungen innerhalb der Klasse und von einer Klasse in die andre; Abschaffung der Strafarbeiten; Beseitigung des Religionsunterrichtes aus der Schule, nur private Religionslehre bei voller Freiwilligkeit der Teilnahme; Koalitions- und Versammlungsrecht; Einräumung von Schulzimmern, Aulen und Schulhöfen für Besprechungen und Versammlungen der Schüler.

So ungefähr wurden die Anfangsforderungen der Schüler festgelegt. Da ich hierüber leider keine Aufzeichnungen mehr besitze und mich auf mein Gedächtnis verlassen muß, mögen Kleinigkeiten anders gefaßt gewesen sein; vielleicht tritt einmal einer meiner damaligen Besucher mit einem Bericht hervor. Tags darauf besprach ich die Angelegenheit mit Gustav Landauer, der über die Initiative der Schuljugend außerordentlich erfreut war und den von

mir erteilten Ratschlägen zustimmte. Dabei erinnerte er mich aber an seinen Aufruf zur freien Schule, den die Gruppe „Gemeinschaft“ des Sozialistischen Bundes seinerzeit als Flugblatt herausgegeben hatte (abgedruckt im „Sozialist“ II, 2 vom 15. Januar 1910), worin zwar nicht die Selbstbestimmung der Kinder, aber doch die der Eltern gegenüber dem Staat postuliert war. Was 1919 aus den beabsichtigten Schülerräten wurde, konnte ich bei den unmittelbar nach jener Unterredung einsetzenden wilden Ereignissen nicht mehr verfolgen. Landauer arbeitete als Volksbeauftragter für Aufklärung und Unterricht einen Entwurf für die Gestaltung des Schulwesens aus, den ich leider nicht zur Hand habe (er ist meiner Erinnerung nach etwa ein Jahr nach seinem Tode in Wilhelm Herzogs „Forum“ gedruckt erschienen). Am 13. April geriet ich in die Hände des Feindes, der erste Rat der Volksbeauftragten wurde von der kommunistischen Räteregierung abgelöst und Landauer übergab seine Richtlinien den Nachfolgern, die sie ablehnten, übrigens auch keine Zeit mehr gefunden hätten, sie oder andre revolutionäre Schulreformen zu verwirklichen. Was dann kam, war die Konterrevolution und der weiße Schrecken und endlich der Sieg der Pfaffen, Bürokraten und Krügelredner auf allen Gebieten, die Vergewaltigung aller Kultur, alles Geistes, aller auf Freiheit gerichteten Regung, die Herrschaft des Banausentums, des Geldsacks, der Uniform und des Bierschaums, die Fußtrittpolitik der autoritären Mächte gegen denkende Menschen, der Satten gegen die Hungernden, der Büttel gegen die Gefesselten, des Alters gegen die Jugend.

Der Staat tat gutwillig nichts, um dem Begehren der Jugend nach einem weniger bedrückenden und beengenden Schulwesen Genüge zu tun. Die Kinder aber hatten einmal den Gedanken in sich aufgenommen, daß Lernen nicht notwendigerweise eine mechanische Papageiendressur ist und daß Wissen nicht unbedingt mit Aechzen und Qualen gewonnen werden muß. Es ist unbestreitbar, daß der Versuch zu einer Revolution, den wir 1918 mit der heiligen Gläubigkeit unternahmen, nichts könne mehr dem Ansturm kraftentbundenen Willens zu Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit trotzen, daß dieser Versuch zur Aufrichtung anständiger Lebensbeziehungen, dem der fürchterlichste Mißerfolg beschieden war, den die Revolutionsgeschichte aller Zeiten kennt, einzig auf dem Gebiete des Schulwesens Spuren einer neuen Kultur und noch nicht zerstörte Ansätze zu einer lebenswürdigeren Zukunft hinterlassen hat. Das ist keineswegs den nur äußerlichen Veränderungen in der staatlichen Verwaltungsmaschinerie zu danken, dem liberalisierenden Wortreichtum der Weimarer Verfassung oder gar dem sozialen Eifer formaldemokratischer Parteistreiber, das ist ausschließlich Wirkung des Widerstands, den

die Objekte der Schulpolitik, die Kinder, die Heranwachsenden, einmal zu selbständigem Denken geweckt, der autoritären Polizeigewalt der pädagogischen Tyrannen zu leisten wagten. Sie haben die Eltern getrieben, sich zur Aufsichtsinstanz über die Schulmeister zusammenzuschließen; sie haben sich das Recht erobert, Kritik zu üben an den Lehr-, Erziehungs- und Behandlungsmethoden, denen sie unterworfen werden; sie haben die Bahn freigemacht für das Eindringen moderner Lehrkräfte in die muffige Atmosphäre, in der die Steißtrommler unsre Kindheit mit Gebet, Patriotismus, Königstreue, Ehrfurcht vor Reichtum, Geburtsadel und Herrenmacht, mit Demut, Gottes- und Staatsfurcht, Nationalstolz, dynastischem Personenkult und Unterwürfigkeit vor Unteroffizierstressen und Generalshosen zweckpolitisch verräuchern konnten. Die Schulreformer, die viel Gutes geleistet haben, die Lehrer, die von sozialen und freiheitlichen Idealen bewegt, als wirkliche Geistesbildner der Jugend ihren Beruf erwählt haben, hätten nichts ausrichten können, die Eltern, die der Autorität staatsfanatischer und mithin besitzergibender Schulbehörden und Anstaltsleiter den Willen entgegenstellten, ihren Kindern das Bewußtsein der proletarischen Klassenzugehörigkeit zu erhalten und den Lernstoff der Beweglichkeit des Geistes statt seiner Austrocknung nutzbar zu machen, sie wären bei den Drehstuhlhockern hinter den Amtsschaltern und auf den Kathedern ebenso jammervoll abgefahren, wie das Proletariat mit seinen eigenen Ansprüchen in dieser gesegneten Republik überall abfährt, wäre nicht die Kraft lebendig, die stärker ist als Staatsautorität und Magisterbäkel, die von unverdorbenem Freiheitsdrang beflügelte Kraft des kindlichen Eigensinns. Noch ist der Gendarm der paragraphierten Bildung, der Oberlehrer des maßvollen Fortschritts, der in Ehren ergraute Zügler des jugendlichen Ueberschwangs trotz allem Moralgekeuche der Kirchlichen, der Staatlichen und der Geldlichen dieser ergiebigsten Kraft der menschlichen Vorwärtsbewegung nicht Herr geworden. Noch nicht. Aber es ist Gefahr im Verzuge.

Wie gesagt, es sind nur Ansätze geschaffen worden zur Erhöhung der Schulerziehung auf einen Stand geistiger Freiheit, den Francesco Ferrer in Spanien und Sebastian Faure in Frankreich mit ihren Gründungen privater Volksschulen erreichen wollten. In Deutschland griff der Staat in ähnliche Bestrebungen ein, erklärte von sich aus eine Anzahl Lehranstalten zu weltlichen Schulen und bewilligte gnädig, was er nicht hindern konnte. Dabei sorgte er ängstlich dafür, daß die spärlichen Rechte, von denen ohnehin sehr wenige Schulen Gebrauch machten, nicht erweitert wurden, reglementierte sorgfältig alle kleinen Freiheiten der Lehrer, Eltern und Schüler und zeigte Duldsamkeit nur gegen die freigeistigen Privat-

institute, deren Besuch den Kindern armer Leute doch nicht offen steht. In den Schulen des Proletariats aber wahrte er jene schöne demokratische Tugend des Zurückweichens vor jeder Anmaßung der patriotischen Hurraschreier, der kapitalistischen Sklavenhalter und vor allem der gottseligen Pfaffen. Diese Mächte, im Bunde fast überall grade mit sozialdemokratischen Staatsfunktionären, drängen die Vorkämpfer neuer Erziehungsformen Schritt für Schritt aus den seit 1918 besetzten und seitdem zähe gehaltenen Stellungen zurück und die Hilferufe ertönen seit einiger Zeit von allen Seiten, die einen systematischen Vertilgungskampf der geeinten Reaktion gegen die Anleitung der Kinder zum Denken und gegen die Ausbreitung von Wahrheit und Urteilskraft im kindlichen Gemüt anzeigen. Diese Hilferufe sind um so ernster zu nehmen, als die Erscheinungen, gegen die sie laut werden, im Zusammenhange des gesamten gleichzeitigen politischen Geschehens gesehen, als Bestandteil eines konzentrischen Angriffs der Kirche und des Staates gegen alle Kulturwerte erkennbar sind, von denen die arbeitende Klasse Nutzen zieht. Warum dieser Kampf gegen jedwede geistige Freiheit logisch zusammengehört mit den ökonomischen Kampfformen des Kapitals gegen das Proletariat und der dauernd verschärften Rationalisierung der Produktion in die Hände arbeitet, muß Gegenstand einer gesonderten Untersuchung werden. Hier soll nur auf die Häufung reaktionärer Vorstöße zur gesetzlichen Knebelung der Kultur, besonders seit Bestehen der Müller-Koalition, hingewiesen werden. Kurz hintereinander haben wir erlebt: das Gesetz gegen Schmutz und Schund in Wort und Bild, das Jugendschutzgesetz, das preußische Konkordat; unmittelbar in Aussicht ist das neue Republikerschutzgesetz „zur Befriedung des öffentlichen Lebens“ und die Neufassung des Gesetzes über die Filmzensur in unglaublich verpfaffter Form; in Beratung ist das neue Strafgesetzbuch, die in jedem Betracht schwerste Gefährdung, der die deutsche Arbeiterschaft jemals ausgesetzt war, das von Severing geplante haarsträubende neue Vereinsgesetz und das unter Kütz nur zurückgestellte jesuitische Schulgesetz, zu dessen Vorbereitung eben die Bedrängung der freiheitlich und revolutionär gesinnten Lehrer und Schüler allerorten die Erschütterung vor dem Sturmangriff herbeiführen soll.

Vor knapp einem Jahr, im März 1929, wurde in FANAL ein Bericht über den Kampf veröffentlicht, den unsre Genossen in dem hessischen Dorf Mörfelden um den Freidenkerlehrplan ihrer sehr starken Ortsgruppe der antiautoritären Gemeinschaft proletarischer Freidenker — 1200 Mitglieder bei 4500 Einwohnern! — gegen die „freireligiösen“ Prediger und Bonzen des Berliner Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung auszufechten haben (s. FANAL,

III, S. 135). Diese Herrschaften, an ihrer Spitze die Sozialdemokraten Ulrich, ehemals hessischer Ministerpräsident und Kultusminister, und Adelung, sein Nachfolger in beiden Ämtern, haben es mit ihrer Toleranz gegen Pfaffentum und Militarismus und ihrem Abscheu gegen proletarische Klassenerziehung der Kinder soweit gebracht, daß zwischen Eltern, Kindern, Lehrern von Mörfelden auf der einen, der hessischen Regierung auf der andern Seite ein offener Konflikt über die den Kindern zugemuteten Lesebücher ausgebrochen ist, über den die Informationsstelle Bezirk Rhein-Main der Gemeinschaft proletarischer Freidenker Deutschlands eine ausführliche Darstellung versendet. Ihr sei das Wesentliche entnommen:

Seit Ostern spielt sich zwischen der GpFD., Bezirk Hessen und dem hessischen Kultusministerium ein Kampf ab, dessen Auswirkungen für das gesamte Freidenkertum Deutschlands sowie für alle kriegsgegnerischen Organisationen von prinzipieller Bedeutung sind. Der Kampf . . . hat zum Gegenstand die Erziehung des proletarischen Nachwuchses in der Volksschule. Ausgehend von Art. 148 der Reichsverfassung . . . fordern diese Freidenker, daß in den hessischen Simultanschulen mit Freidenkerkindern der Unterricht frei sei von chauvinistischer und religiöser Beeinflussung, wie sie . . . ihren Ausdruck in den hessischen Volksschullesebüchern findet. Schriftliche Vorstellungen . . . blieben unbeantwortet, worauf die Elternschaft Mörfeldens . . . in einen Lesebuchstreik trat und ihren Kindern die Lesebücher nicht mehr mit in die Schule gab. Das hessische Kultusministerium schickte . . . einen Vertreter nach Mörfelden, dessen unerhörtes Auftreten einen Schulstreik in nächste Nähe rückte. (Folgt eine Protestresolution der Elternschaft, worin der Ministerialrat beschuldigt wird)“ . . . daß er . . . persönlich Gedichte eindeutig religiösen Inhalts aussuchte und sie von Freidenkerkindern vorlesen ließ, sie danach durch die Frage: ‚welches der Gedichte hat euch jetzt am besten gefallen?‘ erst recht zum Gespött der andern Kinder machend. . . Angesichts einer derartigen . . . Taktlosigkeit . . . sowie bewußten Vergewaltigung wehrloser achtjähriger Schulkinder . . . verlangt die Elternschaft . . . die Zusicherung . . ., daß derartige Provokationen künftig unmöglich gemacht werden. Die Drohung eines andern Vertreters der hessischen Regierung mit Zwangserziehung für diejenigen Kinder, die kein Lesebuch mit zur Schule bringen, wird die Freidenkereltern in ihrem Kampfe nur bestärken.“ (Nach verfassungsrechtlichen Darlegungen, in denen die Feststellung bemerkenswert ist, daß das hessische Volksschulgesetz anstelle der nach der Reichsverfassung in den Schulen zu erstrebenden „sittlichen Bildung“ die „religiös-sittliche Bildung“ fordert, fährt die Denkschrift der Informationsstelle fort): Die hessische Regierung hat unser Ansinnen um

Zulassung anderer Lehrmittel abgelehnt, die Schulbehörde versucht, durch entsprechenden Druck auf Eltern und Kinder ihren Standpunkt durchzusetzen. Die Freidenkereltern, besonders in Mörfelden, sehen sich gezwungen, den Klageweg zu beschreiten, wobei es sich herausstellen muß, welche Bedeutung der Reichsverfassung bzw. dem hessischen Volksschulgesetz beizumessen ist. Sie sind sich aber darüber im Klaren, daß sie hierbei der ideellen und finanziellen Unterstützung anderer Kulturorganisationen des Proletariats und an der Frage interessierter Einzelpersonen bedürfen. . . .

In einem besonderen Flugblatt teilt die GpF. Hessens Stellen aus den Lesebüchern mit, die den Kindern atheistischer und antimilitaristischer Eltern in den Simultanschulen aufgenötigt werden. Es ist allerdings kaum wahrscheinlich, daß die zur Entscheidung angerufenen Richter begreifen werden, warum sich proletarische Eltern gegen Leseübungen für ihre kleinen Kinder auflehnen, die, verziert mit entsprechendem Bildschmuck, etwa so aussehen: „Einen scharfen Säbel müßte ich haben und eine feine Uniform, wie die Dragoner“, oder: „Lieber Gott, mach mich fromm, daß ich zu dir in den Himmel komm“, oder gar ein dreifach schreckliches Wehe „für alle Bösen und Rohen, Gottlosen und Uebeltäter“ vom Himmel flehen. Wie die Justiz auch entscheiden mag, es ist zu hoffen, daß die Eltern fest bleiben, denn sie haben eine viel stärkere Hilfe als die Bestimmungen der Verfassung, deren Biegsamkeit unter dem Oel der Priesterschaft aller Sorten die Justiz und die Gesetzgebung hundertfach demonstriert hat, — und das ist die Entschlossenheit der Kinder selbst, den Eltern und den Lehrern beizustehen und der sozialdemokratischen Obrigkeit den offenen Widerstand gegen Vergewaltigung und Verblödung entgegenzusetzen. In jedem Schulkampf entscheidet schließlich weder das formale Recht noch die stumpfe Autorität, sondern, wenn er nur irgendwo Ermutigung findet, der Wille der Kinder.

Der entschlossene Wille, das unmittelbare Eingreifen der Kinder entschied auch den Ausgang der unglaublichen Vorgänge in der 223. Volksschule (Weltliche Schule) am Berliner Wedding. Dort besteht der Elternbeirat zu einem Drittel aus Sozialdemokraten, zu zwei Dritteln aus Kommunisten, Anarchisten und Parteilosen. Diese Mehrheit hat sich unter dem Namen „Proletarischer Schulkampf“ zusammengeschlossen, die Minderheit nennt sich „Schulaufbau“. Wie mir beteiligte syndikalistische Eltern versichern, hat der sozialdemokratische Rektor Hennicke mit den sozialdemokratischen Lehrern der Anstalt dauernd versucht, die Eltern gegen die mit den Linken sympathisierenden Lehrerkollegen scharf zu machen, was diese umgekehrt stets streng vermieden. Unter den Kindern wurden Gegen-

sätze nur spürbar, wenn SPD.-Lehrer die Kinder revolutionärer Eltern offen reizten. Hennicke suchte geradezu Konflikte. Als bei einer Ausstellung in der Turnhalle kommunistische Eltern neben der schwarzrotgoldenen die rote Fahne mit Hammer und Sichel aufzogen, forderte er die Kinder auf, sie zu entfernen. Das verbat sich die Elternbeiräte; seitdem folgt ein Streitfall dem andern. Ein Lehrer erhält vom Provinzial-Schulkollegium einen scharfen Verweis, weil er bei jener Ausstellung die von einem begabten Schüler seiner Klasse gezeichneten Bilder von Lenin, Liebknecht und Luxemburg gezeigt hat. Dabei hatte der Lehrer die Blätter einer Kommission des Lehrerkollegiums zur Begutachtung vorgelegt; Hennicke lehnte es ab, das PSK. über diesen Tatbestand aufzuklären, damit die Maßregelung nicht zurückgenommen werde. Die SPD.-Fraktion des Elternbeirats verweigert die Zusammenarbeit mit der Mehrheit. Hennicke solidarisiert sich mit der Minderheit, legt die Tätigkeit der Elternbeiräte praktisch lahm und sammelt Elternstimmen, um die der „kommunistischen Fraktion“ — sein Ausdruck — nahestehenden Lehrer denunzieren zu lassen. Aus aufgebauschten Harmlosigkeiten, böswilligen Erfindungen und der Sucht, jedes sozialistische Denken und Handeln als kommunistische Parteipolitik zu brandmarken, schießen Beschuldigungen gegen diese Lehrer hoch. Soviel Eifer, die nichtsozialdemokratischen Lehrer zu brüskieren und herauszufordern läßt für die Sorge um die Schulhygiene wenig Energie übrig. Die Anstalt verdreckt, am Abtritt gibt es keine Waschgelegenheit, — eines Tages bricht unter den Kindern Diphtherie aus. Schon seit Monaten verlangten die Eltern die Entfernung des verständnislosen, unproletarischen Schulleiters. 4 Lehrer hatten, obwohl Eltern und Kinder zu ihnen standen, ihre Versetzung beantragt. Längst konnten keine Elternversammlungen mehr stattfinden, weil Hennicke die Aula sperrte. Zwei beliebte Lehrer hatte man unter Umständen versetzt, die einer Maßregelung gleichkamen. Der Ausbruch der Seuche brachte die Erbitterung zum Sieden. Drei Kinder starben; die meisten Eltern ließen die ihrigen nicht mehr zur Schule und verlangten die Desinfizierung aller Schulräume. Jetzt wurde die Schule von der Behörde geschlossen. Als sie wieder eröffnet wurde, traten die Kinder der revolutionären Eltern in den Schulstreik mit der Forderung, daß alle Maßregelungen zurückgenommen, die versetzten Lehrer wieder geholt und hygienische Sicherheiten geschaffen würden. Vor allem wurde die Entfernung Hennickes verlangt. Dieser Schulstreik wurde zu einer ganz starken Bewegung. An 1000 Eltern und Kinder demonstrierten auf dem Vinetaplatz und zogen von dort zu der von Schutzpolizei bewachten Wohnung des Rektors. Der Erfolg des Aufmarsches war die Zusicherung an die Demon-

stranten, daß Rektor Hennicke vorläufig beurlaubt würde. Die Behörde mußte dem elementar hervorbrechenden Unwillen der Eltern und Kinder, der sich mit dem groß angelegten Streik wahrhaft revolutionär Luft machte, nachgeben und der Einsetzung einer Untersuchungskommission zustimmen. Unter dem Gesang der Internationale ging es nun zum Schulhaus und in die Klassenzimmer. Der sozialdemokratische Reaktionsär, der nach dem Urteil von Eltern und Kindern schon die einfache Bekundung sozialistischer Gesinnung nicht ertrug, kehrt nicht an die Schule zurück. Aber der Kampf ist nicht abgeschlossen. Das PSK. hat eine Art Belagerungszustand über die Weddinger Schule verhängt, verweigert Elternbeiräten und Eltern den Zutritt zum Unterricht und erschwert und beengt ihnen sogar das Betreten des Schulgrundstücks. Von der Absicht, auch Kinder zu maßregeln, scheint man abgekommen zu sein. Vielleicht haben die Herren da oben, wo sich das Leben aus Vorschrift und Verbot, aus Anordnung und Gehorsam zusammensetzt, ein ahnendes Gefühl dafür, daß die Kinderseele antiautoritär ist und auf Zwang mit Haß antwortet.

Die Schulkinder wehren sich gegen den Druck der Disziplin, sobald sie bei Eltern oder Lehrern ihre Empfindungen bestätigt fühlen und auf Unterstützung des Widerstandes hoffen dürfen. Erwachsene Schüler, die Demut und Lebensangst nicht feige schweigen und in Unterwerfung ersterben läßt, suchen sich durch Zusammenschluß und Pflege revolutionärer Kritik den inneren Halt zu schaffen, der sie gegen den Gewissensdruck der Obrigkeit festigt. Die revolutionären Schüler der höheren Lehranstalten haben sich in ihrem „Sozialistischen Schülerbund“ eine von aktivem Geist erfüllte, gegenüber Parteieinflüssen bis jetzt erfreulich widerstandsfähige, allmählich viele Städte Deutschlands erfassende Organisation aufgebaut. Ihr dient eine tapfere, frische, angriffslustige Zeitschrift „Der Schulkampf“, die nun in den dritten Jahrgang geht und von dem Arbeiter-Gymnasiasten Gert Schneider vortrefflich geleitet wird (Adresse: Schulkampf-Verlag, Berlin-Britz, Malchinerstr. 37). Schneider ist Teilnehmer des Arbeiter-Abiturientenkursus, eines sehr eigenartigen Instituts in Neukölln, das unter Leitung des Oberstudiendirektors Dr. Karsen, Mitglied der sozialdemokratischen Partei, steht, außer diesem Kurse noch zwei Volksschulen, ein Reformrealgymnasium und eine Aufbauschule umfaßt und den Namen „Karl-Marx-Schule“ trägt. Vor einigen Monaten erhielt der kurz vor dem Abiturium stehende Genosse Gert Schneider folgendes Schreiben: „Hiermit teile ich Ihnen mit, daß ich Sie nach Rücksprache mit den Klassenlehrern und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Kuratoriums aus dem Arbeiter-Abiturientenkursus entlasse. Die Begründung habe ich vor der gesamten Schüler-

schaft gegeben. Da Sie Ihre Freude über die konspirative Arbeit Ihrer Genossen gegen die Arbeiterkurse unverhohlen ausgedrückt haben, können Sie nicht Mitglied dieser Kurse bleiben. Ihre Zugehörigkeit zu der Kommunistischen Partei spielt bei dieser Entscheidung keine Rolle. Gez.: Dr. Karsen.“ Ueber die Vorgänge, die einen auf Karl Marx schwörenden Schulmann gegen einen auf Marx nebst Lenin eingeschworenen Schüler kurz vor dessen Schlußexamen zu einer so krassen Maßnahme, zum brutalen Rausschmiß veranlaßten, möge man sich in den betreffenden Heften des „Schulkampf“ unterrichten. Im Oktoberheft gibt Gert Schneider selbst in einem Aufsatz „Diktator Karsen“ Aufschluß über die „konspirative Arbeit“, die er ja garnicht geleistet, sondern nur gebilligt haben soll und faßt den Tatbestand der Relegation in die klare Feststellung zusammen: „Karsen wollte den ‚Schulkampf‘ und den SSB. treffen, als er mich entließ.“ Im Novemberheft des Blattes aber stellt sich in einer längeren Auslassung „Das Ende der Schulreform“ die Bundesleitung des Sozialistischen Schülerbundes neben ihren gemäßregelten Redakteur. Darin heißt es: „Die Relegierung Gert Schneiders war nur der Anfang für einen groß angelegten Feldzug gegen die revolutionären Schüler dieser Schulen und damit gegen die revolutionäre Schülerschaft überhaupt. . . Am 13. September findet eine Sitzung ausgewählter sozialdemokratischer Schüler der Arbeiter-Abiturientenkurse an der Karl-Marx-Schule statt. Studienrat Hommes, Lehrer der Schule, hält in dieser geheimen Sitzung ein Referat und führt dabei aus, daß die Schüler neben dem Schülersein auch die Aufgabe hätten, Parteiarbeiter zu sein, da sonst die Arbeiterkurse keinen Sinn hätten. Die Kurse seien von SPD.-Leuten gegründet worden, die meisten Lehrer und Schüler bekennen sich ebenfalls zur SPD., woraus ihnen das Recht erwüchse, die Kurse in ihrem Sinne auszugestalten. Dieser Hommes ist . . die rechte Hand Karsens, der in der Oeffentlichkeit stets fraktionelle Verbindungen an seiner Schule ablehnte. . . Nach diesem Referat wählte man ein Exekutivkomitee, das sich aus 5 Schülern . . zusammensetzt. Dieses Komitee hat besondere Aufgaben. Bei irgendwelchen Entscheidungen muß es sofort zusammentreten, durch je zwei Vertrauensleute die Verbindung mit den Klassen aufrechterhalten und für die Schulgemeinden die Abstimmungsparolen herausgeben. Die Klassenvertrauensleute . . müssen die eigenen unsicheren Genossen bewachen und die kommunistischen Genossen auf Aeußerungen hin beobachten . . . Für die Wahl der Schülerräte wurde die prinzipielle Parole herausgegeben: Keine Kommunisten hinein!“

Bekanntlich begründen die Sozialdemokraten ihre Verfolgungstaktik gegen alle revolutionären Bestrebungen, die sie verlogenerweise

stets gleichsetzen mit kommunistischen Parteibestrebungen, ständig mit der Versicherung, daß sie keine Parteipolitik und keine Fraktionsbildungen zulassen dürfen, sondern gleiches Recht für alle walten lassen müßten. So macht es der „rote“ Ulrich in Hessen, so Herr Hennicke am Wedding, so der Dr. Karsen in seiner „Karl-Marx-Schule“. Im letzten Falle bleibt noch hinzuzufügen, daß gegen Gert Schneider wegen eines Artikels im „Schulkampf“ „Kriegsgefahren und ihre Bekämpfung“ (Juli/Augustheft) ein Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet worden ist.

Damit schließt sich der Kreis. Der Faschismus drängt vor auf allen Gebieten; Kapitalismus und Imperialismus wollen freie Bahn. Wo bei Arbeitern und ihren revolutionären Freunden freie Regsamkeit des Geistes bemerkbar wird, muß der Staat und die Kirche her, um Wort und Gedanken zu knebeln. Die Sozialdemokratie ist „an der Macht“, das heißt sie darf Posten besetzen, von denen aus der Weg des Faschismus am sichersten zu bahnen ist. Da sie eine Vergangenheit hat, die sie als Objekt aller Staatsverfolgung gezeigt hat, da sie heute noch behauptet, das Ziel ihres Strebens im Sozialismus zu erkennen, folgen ihr Millionen urteilslose Arbeiter. Solange sie die Geschäfte der Kapitalisten und Imperialisten besorgt, ist sie der nützlichste Vorspann aller Reaktion. Stellt sie die Wirtschaftsherrn des Landes auf irgendeinem Tätigkeitsfelde nicht voll zufrieden, so verlieren ihre Funktionäre die bequemen, hochdotierten, alles Strebentum befriedigenden Machtposten. Die größte Gefahr für die herrschenden Mächte ist die revolutionäre Besinnung, das Auftreten der Jugend gegen die Autorität und die Staatsräson. Hier findet der Feldwebeldünkel der Sozialdemokratie das reichste Ackerland zur Verwüstung und Einebnung. Eben wurde in Hamburg die sozialistische Organisation der höheren Schüler vom sozialdemokratischen Senator Emil Krause aufgelöst, während das Schulamt in Dresden drei Mitglieder des SSB. wegen sozialistischer Gesinnung (wörtlich!) relegiert hat. Der Schulkampf ist auf der ganzen Linie entbrannt. Kapital, Kirche, Bürokratie, Autorität jeder Art führt ihn gegen das selbständige Denken, gegen den Freiheitswillen der Kinder und der Jungen, die Jugend muß ihn führen im Bunde mit allen, die von Freiheit wissen, um die Neuordnung aller Dinge, um Revolution und sauberes Leben.

„Wir kennen“, sagt Landauer im Aufruf zur Freien Schule, „die immer stärker anwachsende Bewegung, die auch in Deutschland . . . zur radikalen Reform des Lernstoffs und der Unterrichtsmethode drängt. Sie will den Lehrern wie den Schülern wahre Freude am Unterricht geben; sie will dem Verhältnis des Lehrers zum Schüler den gräßlichen Charakter der Autorität und des Gehorsams nehmen;

sie scheint zu wissen, daß in der guten Zeit europäischer Kultur die universitas nicht eine unorganische Zusammenstoppelung toter Lehrfächer, sondern die Gemeinschaft, die Genossenschaft von Lernenden und Lehrenden, die Korporation bedeutete. Sie will also unter Unterricht nicht ödes, theoretisches Lernen von Uninteressantem, sondern das Eingehen auf die Interessen des Kindes verstehen . . . Diese Bewegung will Lernen und Leben, Lernen und Spielen, Lernen und Betätigung, Lernen und Schaffen wertvoller Tatsächlichkeiten in ihre natürliche Verbindung bringen; . . . sie geht schließlich nicht darauf aus, in den Schüler etwas hineinzutrichtern, sondern aus ihm das Eigene, das in ihm ist, herauszuholen, zu steigern und so die Welt zum Persönlichen, das Persönliche zum Weltgewachsenen und Weltumfassenden zu machen. Alle diese weitverzweigten Tendenzen scheinen uns zusammenzugehören in ihrer Aufgabe: die Grundlage zu sein für die Erneuerung unseres Volkes, vor allem durch die Bekämpfung der Uniformierung und Disziplin und die **Förderung der Originalität** Erst wenn wir durch eigene Genossenschaftsorganisationen von uns gegründete Gebilde zu verteidigen und auszugestalten haben, wird der Ruf: Fort mit der Einmischung des Staates und der Kirche in unsere Schulen! Freiheit der Schule! Selbstbestimmung der zu Schulgemeinden vereinigten Eltern über ihre Kinder! Nachdruck und fortreibende, wirkende Gewalt bekommen.“

Diese Sätze wurden vor 20 Jahren geschrieben. Inzwischen ist manches Wirklichkeit geworden, was hier gefordert wurde, wenn auch nur in Ansätzen und vordrängenden Versuchen. Gegen diese Keime richtet sich die vereinte Kraft der autoritären Reaktion. Die im Nachwuchs ans Licht quellende Freiheit soll vernichtet werden, denn sie ist das gefährlichste Hindernis für alle Mächte der Unterdrückung und Entwürdigung. Um unserer selbst willen, um der Zukunft willen, um der Revolution willen, um der Befreiung der Menschheit willen müssen wir im Kampf um die Schule dem kommenden Geschlechte helfen!

Morgen

Gedanken über den Aufbau und die Wirksamkeit anarchistischer Ordnung.

Der Genosse Fritz Müller hat im Folgenden kurz und übersichtlich das Lebensbild der Gesellschaft skizziert, wie es sich seiner Vorstellung des „Morgen“ malt. Die Gedanken Fritz Müllers werden im FANAL mitgeteilt, nicht um sie zur Diskussion zu stellen — FANAL ist kein Diskussions-, sondern ein Propaganda-Organ —; sie werden einfach zur Kenntnis ge-

geben, damit jeder seine eigenen Gedanken daran anschließen kann. Offenbar läßt diese oder jene Aufstellung unseres Genossen auch der Kritik Raum. Was er jedoch mindestens geleistet hat, ist eine wohlgedachte Zusammenstellung von Ueberschriften zu den Grundthemen, mit denen sich der Revolutionär beschäftigen muß, will er den Sozialismus einmal im Geiste der Anarchie verwirklicht sehen. Jeder von Fritz Müller verkündete Gedanke, jeder Abschnitt und jeder Punkt seines Entwurfs wirft eine Fülle von Fragen auf, über deren jede schon ausgiebige Debatten geführt worden sind und noch geführt werden müssen. Eine Frage z. B. zum ersten Satz seines Programms: Was ist zu tun, wenn nicht überall, zumal nicht bei großen Teilen des fast ein Jahrhundert marxistisch mißleiteten Proletariats, die Vernunft an die Stelle von Vorschriften und Gesetzen tritt? Wie bestimmt das Volk, was Vernunft ist? Mit welchen Mitteln gewinnen die Anarchisten in Zeiten der Revolution die kampfunwilligen, bürgerlich philiströsen und kirchlich vernagelten Massen ihrer proletarischen Klassengenossen zur Vernunft der Freiheit? Viel ist zu fragen. Aber schon die Anregung zum Fragenstellen ist dem revolutionären Geiste gesund.

E. M.

Programm:

An Stelle von Vorschriften und Gesetzen tritt die Vernunft.
 Das Volk entscheidet in allen Dingen der Allgemeinheit.
 Der Einzelne entscheidet über sich, soweit andere nicht geschädigt sind.
 Es gibt nur Volksbeauftragte, die jederzeit abberufen werden können.
 Alle Verhandlungen sind öffentlich.
 Alle Maßnahmen sind einmalig.

Voraussetzung:

Wo Altes hinderlich ist, fort damit!
 Achtung vor sich selbst und vor allen Menschen.
 Einsicht und Mut zur Wirklichkeit.
 Willen zur Arbeit mit Leib und Kopf.

Weg:

Nur der erste Schritt ist unerhört und kühn.
 Er allein erfordert den großen Mut.
 Er ist die Tat — die Vergangenheit brückenlos hinter sich —, die das Tor der Zukunft schaffend durchschreitet.

Ausführung:

- I. Macht nur bei den Arbeitenden.
 1. Ausübung distriktweise durch Volksbeauftragte, die jederzeit von den Auftraggebern abberufen werden können. Es gibt keine dauernden Befugnisse, es gibt keine „Beamten“ mehr.
 2. Die Organisation vom Einzelmenschen zu größeren Gruppen erfolgt von Fall zu Fall auf Grund freier Vereinbarungen.

- II. Verwaltungsstellen in heutiger Form werden ausnahmslos aufgelöst. Heer, Marine, Polizei bestehen nicht mehr. Für die Revolution wird das Volk neue Organisationswege finden.
 Alle Zwanganstalten werden ausnahmslos aufgehoben.
- III. Notwendige öffentliche Betriebe werden von den in ihnen Tätigen fortgeführt und umgestaltet; Post, Eisenbahn, Krankenhäuser und andere Betriebe lebenswichtiger Bedeutung.
- IV. Alle Produktionsmittel, Grund, Baulichkeiten gehören der Allgemeinheit.
- V. Nur regelmäßige Arbeit jedes Arbeitsfähigen berechtigt zum Unterhalt.
 Es gibt keinen Lohn, keine Gehälter. Jeder Mensch erhält Wohnung, Kleidung, Speisung.
- VI. Bedürfnisse der Einzelnen und der Allgemeinheit werden von Fall zu Fall von allen Beteiligten geregelt. Das Vorhandene wird entsprechend den Bedürfnissen aufgeteilt.
- VII. Imaginäre Werte, wie Geld in Metallform oder Scheinen, Aktien sind ungültig.
- VIII. **Produktion:**
1. Lebenswichtige Betriebe laufen weiter.
 2. Alle andern Betriebe werden sofort stillgelegt oder umgestellt. Der Begriff der Lebenswichtigkeit ist relativ und wird von Fall zu Fall bestimmt.
 3. Alle Arbeit ist öffentlich; auch die Arbeitsteilung geschieht öffentlich.
 4. Die Öffentlichkeit wacht mit den besonderen Arbeitsräten der einzelnen Werke über Anlagen, Arbeit, Produktion.
- IX. Ziel ist Gemeinwirtschaft. Feinde der Arbeiter werden unnachsichtig beseitigt, um das Werk zu sichern. Recht und Gesetz gibt es nicht. Das arbeitende Volk entscheidet von Fall zu Fall.
- X. Alle Macht ruht nur bei den Arbeitenden. Sie nehmen die Beauftragungen vor. Sie sind jederzeit imstande, Beauftragte zurückzurufen, abzusetzen oder zu ersetzen. Es gibt keine Vorrechte von Dauer mehr. Kein Volksbeauftragter kann jemals gegen den Willen des Volkes handeln.
- XI. Der Besitz an Grund und Boden, an Baulichkeiten, an allen Produktionsmitteln ist aufgehoben.
- XII. Das Geld ist abgeschafft. Werden Tauschmittel trotzdem in irgendeiner Form notwendig, so gibt es keine Verzinsung, keine Uebertragbarkeit, keine Möglichkeit, Produktionsmittel um diese Tauschmittel kaufen zu können.
- Die Produktionsmittel stehen allein in Dienst und Besitz der Allgemeinheit.

Das Recht des Einzelnen beschränkt sich auf den Unterhalt und die vorhandenen Kulturmöglichkeiten.

Alle Macht ausnahmslos der Allgemeinheit der Arbeitenden!

Freiheit jedem Einzelnen innerhalb der Gemeinschaft aller!

Fritz Müller.

Fabriken des Todes

Sieben Jahre ist es her, da starb — am 16. Januar 1923 — einsam und heistandslos, in einer Strafzelle für verschärfte Haft, in Niederschönenfeld unser Genosse August Hagemeister. Eine Krankenabteilung war in der sogenannten Festungsanstalt trotz ausdrücklicher Vorschrift nicht vorhanden. Schuld an Hagemeisters Tode war der willkürliche, allen modernen und selbst von der herrschenden Justizbürokratie anerkannten Grundsätzen hohnsprechende Strafvollzug, dem wir ausgesetzt waren, die politische Gehässigkeit, die sich bei den Strafvollstreckungsorganen, besonders bei dem Anstaltsvorstand Heinz Hoffmann sogar noch gegen sein sterbenskrankes Opfer auswirkte, die Unfähigkeit und Gleichgültigkeit des Anstaltsarztes Dr. Steindl und die bodenlose Fahrlässigkeit und Herzlosigkeit sämtlicher Beamten, die zur Erhaltung des Lebens und der Gesundheit der bayerischen Revolutionsgefangenen verpflichtet waren. An der Wahrheit dieser Schuldzuteilung wird dadurch nicht das geringste geändert, daß Albert Winter für dieselben Behauptungen schon einmal zwei Monate Gefängnis hat absitzen müssen. Wenn die bayerische Justizverwaltung Schneid hat, möge sie mich wegen der Wiederholung der schon abgestraften Beschuldigungen vor ein Berliner Gericht zitieren (sämtliche bayerischen Richter wären, da sie in ihrer Karriere von der angegriffenen Behörde abhängig sind, ja doch der Befangenen verdächtig): ich wünschte sehr, die Niederschönenfelder Strafmethoden einmal öffentlich mit allen einzelnen Sohandtaten vorführen zu können, um sie als Todesursache jedem Unbefangenen einleuchtend zu machen. Bei der Verurteilung Winters möchte ich es schon deshalb nicht bewenden lassen, weil, auf sie gestützt, der sehr noble, sehr ohrstliche bayerische Staat der Witwe und den Kindern Hagemeisters jeden Pfennig Entschädigung verweigert. Es gibt Dinge, von denen zu reden man sich auch von möglichen Prozessen und Bestrafungen nicht zurückhalten läßt, und an die zu erinnern man jede passende Gelegenheit zum Anlaß nimmt.

Leider ist eine überaus passende Gelegenheit da, sich des Todes August Hagemeisters auf das lebhafteste zu erinnern. Im Berliner Virchow-Krankenhaus ist am 1. Januar der Genosse Herbert Kobitsch-Meyer im 33. Lebensjahre gestorben. Im letzten FANAL-Heft war in einer nach Redaktionshoß angefügten Bemerkung schon auf seinen traurigen Gesundheitszustand hingewiesen worden. „Er ist magen- und lungenkrank“, hieß es da, „und hat im Laufe der letzten vier Monate über 40 Pfund abgenommen. Ihn haftunfähig zu erklären, findet die Staatsgewalt keine Veranlassung.“ Als ich das schrieb, hatte ich schon die allergrößten Befürchtungen um das Leben Kobitsch-Meyers, wollte sie aber nicht öffentlich aussprechen, weil ich damit rechnen mußte, daß er selbst das Heft lesen und dann allen Mut verlieren könnte. Im Juni hatte ich ihm im Brandenburger Zuchthaus besucht und einen kräftigen, lebhaften, von den damals überstandenen vier schweren Kerkerjahren scheinbar ganz unge-

brochenen Menschen angetroffen. Unter dem 23. Juni schrieb er mir: „Zehrend an der Freude, die Du mir mit dem Besuch bereitet, durchstreife ich in Gedanken nochmals all das Durchgesprochene und von Dir Mitgeteilte. Ach, leider währte ja der Besuch nur einen kurzen Augenblick (ich besuchte an jenem Tage eine größere Anzahl Gefangener), und knapp daß ich die Ueberraschung erst voll begriffen, die unwillkürliche innere Erregung aus solcher Ueberraschung heraus sich gelegt, war auch schon die sogen. Sprechstunde zu Ende. Ja, so viele, vielerlei Fragen würde ich gern gerade an Dich gerichtet haben, gerade von Dir beantwortet wissen. Doch selbstverständlich in meiner Lage bleibt dieser Wunsch unerfüllbar, weil ich nur dann ein Thema anschnneiden würde, wenn ich die Möglichkeit sehe, daß das Thema auch in allen Punkten ausgiebig diskutiert und behandelt werden kann. Dieses ist mir und auch Dir vorläufig nicht möglich; nicht schriftlich und auch nicht mündlich, das Schwert „Zensur“ würde eine Korrespondenz der Diskussionen, wie sie zwischen uns entstehen würde, nicht zulassen. Also bleibt mein sehnhchster Wunsch offen: bis zur Zeit, da ich meine Freiheit einst erlangt, — dann wirst Du mir es ja nicht abschlagen, Auskunft in diesem oder jenem Punkt zu erteilen. Um aber jetzt vorläufig wenigstens in geistiger Gemeinschaft mit Deinen Gedankengängen zu bleiben, werde ich versuchen, die Erlaubnis zu erwirken, Deine Broschüren (gemeint ist FANAL) ständig zu beziehen. Sobald ich die Erlaubnis erhalte, werde ich's Dir mitteilen und Dich dann um Zusendung bitten. Sollte die Anst.-Verwaltung mir die Erlaubnis verweigern, so werde ich mich an den Präsidenten des Strafvollzugsamtes. Nun noch ein Wort zu meiner Sache. Ob eine Amnestierung oder vorzeitige Entlassung zu erwirken ist, bleibt nach der politischen Konstellation zu bewerten. Ob noch jetzt zu erwirken ist, daß das Amnestiegesetz vom vorigen Jahr für uns in Anwendung gebracht wird, scheint mir zweifelhaft.“ (Es folgen nun Angaben über die Tätigkeit des Anwalts.) „Es wäre mir ebenfalls sehr lieb, wenn Du nach Einsicht der Akten mir Deine Ansicht, was evtl. zu machen ist, mitteilen würdest. Doch sollten all die Bemühungen aller Genossen trotz alledem zum Schluß negativ ausfallen, nun, auch dann werde ich das oktroyierte Los stets zu tragen wissen! Werde dann eben, um nicht ein gänzlich nutzloses Vegetieren zu führen, die Zeit, die ich gezwungen bin, hier zuzubringen, mit Lesen, Lernen usw. ausfüllen und der Zeit harren, da ich für Nützlicheres meine Kräfte zur Verfügung stellen werde.“ Im September war ich wieder in Brandenburg und besprach mit Kobitsch-Meyer das Notwendigste. Da klagte er schon, daß ein altes Magenleiden, das schon vor der Haft 1921 und 22 zwei Operationen notwendig gemacht habe, neuerdings bemerkbar werde. Doch schien er kaum sehr besorgt deswegen, machte auch keinen kranken Eindruck auf mich. Ende November erhielt ich aber ein Schreiben von ihm aus dem Untersuchungsgefängnis Moabit, wo er im Lazarett liege. Er gibt darin einen ausführlichen Krankheitsbericht, worin es heißt: „Mein körperliches Befinden ist ziemlich miserabel, meist schlaff und matt, dieses ist sehr begreiflich, da ich in den letzten 3—4 Wochen an Körpergewicht 20 Kilo abgenommen. Außerdem habe ich täglich heftige Magenschmerzen auszustehen, so daß ich zeitweise mich krümme wie ein Wurm.“ Am 11. Dezember war ich dort. Als der Genosse in die Tür des Warteraums im Lazarett eintrat, fuhr ich zurück. Aus dem Mann, den ich vor drei Monaten stark, mit breitem Brustkasten, klaren, männlichen Zügen und irischnen Augen gesehen hatte, war ein wankendes Skelett geworden. Die dunkeln, großen Augen lagen tief in dem völlig eingestallenen Gesicht, der Körper schleppte sich dürr und zusammengezogen

auf schwachen Beinen vorwärts, die Stimme klang leise und müde und die Hand fühlte sich kalt und schweißig an. In diesem Zustand durfte er an dem naßkalten Tage den Besuch nicht in seiner Krankenzelle empfangen, sondern wurde über den Hof zu mir geführt. Dabei hatte Kobitsch-Meyer am selben Morgen sein Todesurteil erhalten, nämlich den Bescheid, daß die Sputumuntersuchung offene Tuberkulose ergeben hatte. Der arme Mensch, der sich immer als einer der tapfersten und hoffnungsfreudigsten gefangenen Genossen bewährt hatte, kämpfte mit Tränen. Er erzählte mir, daß das Magenleiden plötzlich in heftigster Form wieder aufgetreten sei und er seitdem so gut wie keine Nahrung bei sich behalten konnte. Man behandelte ihn im Zuchthaus Brandenburg, so gut es gehen wollte, bis der Verdacht entstand, daß auch die Lunge krank sei. Darauf wurde er nach Berlin gebracht, und nun hieß es, den Organismus kräftigen mit Milch und Stärkungsmitteln, die der Magen nicht aufnehmen wollte. Die einzige Rettung sah der Kranke in schleuniger Strafunterbrechung. Für gute Unterkunft und pflegliche Behandlung war vorgesorgt. Der Anwalt, die „Rote Hilfe“, wir Freunde bemühten uns vergeblich. Der behandelnde Moabiter Arzt, den sich der Patient ja nicht selber hatte aussuchen können, fand ihn auch noch nach der T.-B.-Diagnose haftfähig. Am 31. Dezember erst sah der Herr, daß wenigstens das Gefängnislazarett in der Rathenower Straße nicht mehr der richtige Aufenthaltsort für den gefangenen Proletarier war. Man hat es nämlich der Statistik wegen nicht gern, daß in den Haftanstalten gestorben wird. Der rettungslos Verlorene wurde also zu Silvester in ein städtisches Krankenhaus transportiert, wo er am Neujahrstage dem humanen deutschen Strafvollzug in den Tod entrann.

Mit Kobitsch-Meyers jammervollem Ende sind die Annalen des Rachezugs der Klassenjustiz gegen revolutionäre Arbeiter um einen neuen Fall Hagemeister bereichert worden. Um diese Tatsache vor der Öffentlichkeit zu verbergen, um die Erregung in allen revolutionär gesinnten Kreisen des Proletariats als künstliche Mache erscheinen zu lassen, zog man. In einem, natürlich zuerst vom „Vorwärts“ verbreiteten Schreiben an die Presse wurde erklärt, der wegen schweren Raubes zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte Arbeiter Herbert Kobitsch-Meyer sei im Virchow-Krankenhaus an einer Lungenentzündung gestorben. Lungenentzündung! Das kann ja mal vorkommen, daß ein Gefangener von einer plötzlichen schweren Erkrankung erfaßt wird und trotz seiner rechtzeitigen Ueberführung in ein mit allen modernen Einrichtungen ausgestattetes Spital stirbt. Und so human ging man um mit einem ganz gewöhnlichen Räuber; seht doch, wie gütig der Staat selbst mit seinen verworfensten Mitemenschen, mit den gemeinsten Verbrechern verfährt! Schlechtes Gewissen? Unsinn! Wäre in der Angelegenheit auch nur die leiseste Spur von Gewissen am Werke gewesen, dann hätte man Kobitsch-Meyer ja nicht so erbärmlich verrecken zu lassen brauen. Man wußte ja, daß er tuberkulös war, daß das Moabiter Lazarett für ihn das denkbar mörderischste Asyl sein mußte, daß ein Mensch in seinem Zustande in Haft nicht gerettet werden konnte. Warum also die freche Lüge, die Todesursache falsch anzugeben, den kriminellen Tatbestand zu färben und so zu tun, als habe man rechtzeitig die nötigen ärztlichen Vorkehrungen getroffen? Aus politischen, aus sonst gar keinen Gründen! Da die Beerdigung gemeinsam mit der des parteikommunistischen Genossen Walter Neumann stattfand, der bei dem national-sozialistischen Ueberfall auf das kommunistische Parteilokal am Görlitzer Bahnhof ermordet war, und da die „Rote Hilfe“ und die KPD. zur demonstrativen Beteiligung und zum geschlossenen Aufmarsch zum

Friedhof in Friedrichsfelde aufgerufen hatten (Kobitsch-Meyer gehörte übrigens nicht der KPD., sondern der KAPD. an), mußte dem Zörgiebel das Stühwort geliefert werden, das ihn in Stand setzen sollte, ohne berechnigte Empörungsgedühle anerkennen zu müssen, mit Pistolen und Gummiknüppeln die Trauerumzüge der Arbeiter auseinander Sprengen zu lassen. — was auch gründlich geschah.

Politische Gründe haben die amtlichen Lügen über den Tod Kobitsch-Meyers verursacht, ihr wichtigster aber war der, daß mit der Kennzeichnung des Toten als irgendeines gleichgültigen Dutzendeinbrechers die Schande verschminkt werden sollte, daß man ihn um die Amnestie vom 14. Juli 1928 betrogen hatte, auf die er Anspruch hatte. Man konnte sich denken, daß die Verschärfung der fürchterlichen Zuchthausstrafe, die das Gericht verhängt hatte, durch die fahrlässige Tötung im Lazarett das Solidaritätsgefühl der Arbeiter mit den von den Staatsanwälten in den Kerker zurückgestoßenen Revolutionären neu erwecken und die Forderung der nachträglichen Anwendung der Amnestie auf Kobitsch-Meyers nächste Genossen Karl Peters und Karl Nachtigall stärker denn je beleben werde. Darum mußte der Vorwärts dem gerade vom Triebrod der politischen Justizmaschine Zermalmten zunächst den politischen Charakter absprechen, damit man der Forderung, seine Gefährten von derselben revolutionären Kampfgruppe freizulassen, von vornherein mit dem bedauernden Achselzucken der bürgerlichen und leider ja von den Kommunisten vielfach geteilten Eigentumsmoral (vgl. voriges Heft des FIANAL) entgegenzutreten könne.

Wer war Herbert Kobitsch-Meyer? Was tat er Sträfliches? Warum verstieß er gegen die Gesetze? Ich zitiere aus einem Schriftsatz der Verteidigung, in dem die Anwendung der Amnestie auf die drei übergangenen Revolutionäre unter ausführlicher Klarlegung des Sachverhalts verlangt wird: „Kobitsch-Meyer ist im Alter von 16 Jahren zur See gegangen. Bei Kriegausbruch befand er sich in Nikolajew als Matrose auf einem russischen Handelsschiff. Als deutscher Staatsangehöriger wurde er interniert und zunächst nach Wjatka in Sibirien und später nach Astrachan verschickt. Dort hatte er Umgang mit russischen Revolutionären und wurde von ihnen in die Lehren des Sozialismus eingeführt. Nach Ausbruch der russischen Revolution hatte er die Möglichkeit, nach Deutschland zurückzukehren. Er wurde dort am 10. August 1918 in Kiel zur Marine eingezogen. Bei Ausbruch der Revolution trat er in Kiel dem Spartakusbund bei. Nach der Niederwerfung des Mitteldeutschen Aufstandes im Jahre 1921 war Kobitsch-Meyer gezwungen, wegen seiner bisherigen politischen Tätigkeit unter falschem Namen zu leben. Er legte sich den Namen Fritz Lorenz bei und arbeitete unter diesem Namen von 1921—1924 bei der Firma Krupp in Essen im Betrieb Glühhaus I, II und III. Er betrieb dort revolutionäre Agitationsarbeit und war Betriebsobmann der AAU. Dies war der Betriebsleitung genau bekannt, die in der Lage sein wird, darüber jederzeit Auskunft zu geben. Während seiner Tätigkeit im Ruhrgebiet betätigte sich Kobitsch-Meyer u. a. auch intensiv durch Zersetzungsarbeiten unter den französischen Besatzungstruppen, insbesondere verteilte er unter ihnen antimilitaristische Flugblätter. Seine und seiner Freunde Tätigkeit hatte sogar den Erfolg, daß einige französische Kompanien meuterten. Gleichzeitig schloß sich Kobitsch-Meyer zuerst als sympathisierender, später als aktiver Teilnehmer der Plättnerbewegung an. Im Jahre 1924 siedelte er nach Hamburg über, wo er von Juni bis September bei der Vulkanwerft arbeitete. Seit Herbst 1924 betätigte er sich ausschließlich im Sinne der Plättnerbewegung.“ Kobitsch-Meyer wurde, immer zu-

sammen mit Peters und Nachtigall, abgeurteilt, zuerst vom Schöffengericht Berlin-Schöneberg am 29. August 1925, wobei auf seinen Anteil entfielen wegen Raubes in 2 Fällen, ausgeführt am 19. Januar 1925 in der Verkaufsstelle des Beamten-Wirtschaftvereins in Berlin-Tempelhof und am 18. März 1925 in der Teltower Kreissparkasse Berlin-Friedenau, je 5 Jahre Zuchthaus, zusammengezogen zu einer Gesamtstrafe von 6 Jahren Zuchthaus; zweitens vom Schwurgericht in Braunschweig am 31. Oktober 1925 wegen einer ähnlichen Unternehmung und drittens vom Schwurgericht Magdeburg am 3. Dezember 1925 wegen versuchten schweren Diebstahls in Tateinheit mit Verbrechen gegen § 214 StGB. (Totschlag zur Lebenssicherung bei strafbaren Handlungen) zu 2½ und 15 Jahren Zuchthaus, alles zusammengezogen zu 15 Jahren. Um die Verweigerung der Anerkennung der politischen Zwecke dieser Taten recht zu beurteilen, lese man diese Sätze aus den Urteilen der Gerichte: „Als Beweggrund ihrer Tat geben die Angeklagten an, daß sie die Absicht gehabt hätten, die „expropriierten“ Gelder für die Hinterbliebenen der bei Demonstrationen gefallenen Arbeiter und für die Parteikasse der Kommunistischen Arbeiterpartei zu verwenden.“ „Sie (die Angeklagten) haben ferner durch die Art ihrer Verteidigung zu erkennen gegeben, daß sie nicht die geringste Reue empfinden, vielmehr die Straftaten, soweit sie sie eingestehen, als berechtigten Ausdruck ihrer staats- und gesellschaftsfeindlichen Ueberzeugung ansehen.“

Die Verteidigung bemerkt dazu: „Diese Urteilsbegründung zeigt deutlich, daß die Verurteilten, soweit sie ihre Taten eingestehen, auch die politischen Motive angaben, und daß das Gericht ihnen diese Motive glaubte. Wenn die Verurteilten in dem Magdeburger Fall nichts über ihre politischen Motive oder richtiger gesagt, überhaupt nichts über ihre Motive erwähnten, so lediglich deshalb, weil sie die Tat bestritten und daher selbstverständlich über ihre Motive nichts aussagen konnten.“ Leugnen ist bekanntlich das Recht jedes Angeklagten und Revolutionäre machen dann von diesem Recht Gebrauch, wenn sie das für ihre revolutionäre Sache für nützlich halten. Peters, Nachtigall und Kobitsch-Meyer wurden also in Magdeburg wegen Fällen verurteilt, die sie bestritten und gerade in diesen Fällen wurden nur unpolitische Beweggründe angenommen, nur mit diesen Annahmen wird die Verweigerung der Amnestie für die drei letzten Eingekerkerten der Plättnerbewegung bis jetzt verweigert. Die Verteidigung hat dann, nachdem die ganze Kampfgruppe, soweit sie anderer Unternehmungen wegen verurteilt war, durch die Amnestie entlassen, also als politisch anerkannt war, den ungewöhnlichen, aber sehr berechtigten Weg beschritten, in einem Schriftsatz an den Braunschweiger Justizminister eine Reihe von ähnlichen Raubüberfällen aufzuzählen, an denen unsere drei Freunde nachweislich beteiligt waren, die aber überhaupt nicht Gegenstand eines Strafverfahrens gegen sie gewesen sind, für die nur andere Mitglieder der Gruppe verurteilt wurden und die durch die Anwendung der Amnestie als politische Taten anerkannt worden sind. Trotzdem weigern sich die Justizbehörden auch jetzt noch zähe, die drei letzten Beteiligten an allen diesen Aktionen zu amnestieren, und Herbert Kobitsch-Meyer ist dank der Behandlung, die kranke Proletarier in den Gefängnissen der freiesten Republik der Welt im Gegensatz zu migräneleidenden inkriminierten Bourgeois und Adligen erfahren, zerhackt und zermürbt in der Korrekptionsfabrik staatlicher Gerechtigkeit dem Tode gebrauchsfertig in den Raufen geschmissen worden.

Kobitsch-Meyer saß seit dem 14. Juli 1928 zu Unrecht im Zuchthaus. Er holte sich im Zuchthaus, nachdem es ihn schon nicht mehr hätte behalten dürfen, seine Krankheit. Die Krankheit wurde nicht rechtzeitig erkannt und wurde falsch behandelt. Als sie endlich erkannt war und ihr tödlicher

Charakter schon außer Zweifel stand, wurde Kobitsch-Meyer immer noch hafffähig befunden und seine ordnungsmäßige und vielleicht noch lebensrettende Behandlung dadurch verhindert. Am Tage vor seinem Tode wurde er in ein Krankenhaus transportiert, um die Statistik der Todesfälle im Gefängnis zu entlasten. Nachdem er tot war, wurde die Öffentlichkeit zweifach angelogen, indem ihr die Person des Toten als Verbrecher aus Eigennutz vorgeführt und eine falsche Todesursache mitgeteilt wurde. Der Fall Kobitsch-Meyer ist mit seinem Tode nicht zu Ende, sondern erscheint erst jetzt als aktueller Fall auf der Tagesordnung. Der Fall Kobitsch-Meyer ist ein typischer Fall. Er denunziert die Gefängnisse der deutschen Republik mitsamt ihren Zuchthaus-Lazaretten als Fabriken des Todes.

Gutzumachen ist nicht mehr, was hier an einem guten, revolutionären Kämpfer gesündigt wurde. Man wird den Arzt, der dem Todkranken alle Möglichkeiten zur Genesung vorenthielt, zur Rechenschaft zu ziehen haben, indem man ihm die Behandlung proletarischer gefangener Patienten nimmt. Es ist derselbe Arzt, der den Feme-Schulz haftunfähig schrieb. Man wird den Angehörigen unseres Genossen eine Geldentschädigung durch den Staat erkämpfen müssen. Man wird dafür sorgen müssen, daß an den beiden überlebenden Genossen Kobitsch-Meyers in den Zuchthäusern die zu Unrecht vorenthaltene Amnestie schleunigst durchgeführt wird. Man wird darüber hinaus eine neue, viel umfassendere Amnestie, für proletarische Gefangene, nicht nur „politische“, zu bewirken haben, für die mindestens die Grundsätze in Anwendung zu bringen sind, die als Minimalforderung im FANAL (Jahrg. III, 12, S. 280) aufgestellt worden sind. Man wird gründlichst die Krankenabteilungen der Strafanstalten abzuleuchten haben, um zu verhindern, daß darin die von der Justiz siech gemarterten Proletarier vollends verfaulen. Wir haben genug an den Fällen Hagemeister und Kobitsch-Meyer! Aber wir wissen, daß diese beiden Fälle nur dadurch ans Licht gekommen sind, weil es politische Fälle waren. Nach den „Kriminellen“, von denen es Dutzenden ebenso ergeht, kräht kein Hahn. Auch sie sind nicht zum Tode verurteilt und dürfen also nicht mit dem Tode bestraft werden. Kampf den Leichenfabriken der Justiz!

Die Weisheit der Auserwählten

Die Haager Konferenz konnte also bis zum letzten Frühstück durchgeführt werden, und die Erinnerung des Herrn Schacht an die Tatsache, daß die deutsche Reichsregierung an das amerikanische Finanzkapital morganatisch verheiratet ist, führte zu heftigem Aufstoßen bei der deutschen Delegation, doch verließ man die Tafel in dem Bewußtsein, es dem Reichsbankpräsidenten gehörig gegeben zu haben. Fort mit Schacht! hieß es im Vorwärts emphatisch, und da nun feststeht, daß Schacht bleibt und über Einnahmen und Ausgaben der deutschen Republik selbstherrlich wacht, tröstet man sich mit der schönen Erklärung, daß diese Funktion des Reichsbankpräsidenten ja keine politische, sondern nur eine finanztechnische sei. Das ist ungefähr dieselbe Logik, die dem sozialdemokratischen Abgeordneten Frantz in der Sitzung des preußischen Landtags vom 24. Januar die prächtige Bemerkung eingab: „Die Riesenzahl der Erwerbslosen verdanken wir nicht einer Krise, sondern den scharfen Rationalisierungsmaßnahmen.“ Der Tod kommt eben nicht davon, daß jemand stirbt, sondern davon, daß sein Organismus kaputt ist. Der Young-Plan, zu dessen endgültigem In-

krafttreten nunmehr keine andere geistige Anstrengung weiter erforderlich ist, als die, die mit den Hintern der Parlamentarier betätigt wird, bringt bekanntlich dem deutschen Volke die Erlösung aus aller Ungewißheit, und wie gern zählt man doch mehr, wenn man nur weiß, daß man es genau 58 Jahre lang tun muß, als weniger, wenn man das nicht weiß. Wenn die jetzt bei 3 Millionen haltenden Erwerbslosen, wie von dem Marxisten Frantz gezeigt, mit einer Krise nichts zu tun haben, so darf man natürlich auch die allgemeine Pleibe in Staat und Gemeinden nicht einer Krise zur Last legen, und was weiter aus dem Wirken des „neuen Plans“ erfolgen wird, wird die Arbeiterschaft keineswegs beunruhigen dürfen, da ihr Hunger dann ja keiner Krise, sondern eben dem Young-Plan zuzuschreiben ist. Daher ist Grzesinskis Methode, die Not zu bekämpfen, indem er ihr die Straßen zum Spazierenführen sperrt und seinem Zörgiebel empfiehlt, um Hilfe rufenden Kehlen Mai-Bowle einzuflößen, nur folgerichtig. — Es ist auch ganz unnötig, dem Beginn der aus den neuen Verpflichtungen erwachsenden Anforderungen an die Leistungskraft der Bevölkerung mit etwelcher Sorge entgegenzublicken. Was „die Wirtschaft“ anlangt, so hält sie sich durch die Beschlagnahme der Substanz jener Unternehmungen schadlos, die bis jetzt noch von staats- und kommunalwegen ausgebeutet werden und daher von unseren Marxisten für sozialisiert gehalten werden, und was Arbeiter und Arbeitsuchende, Krüppel, Proletarierfrauen, arme Kranke und hungernde Kinder betrifft, so haben für sie die Wirkungen der Haager Neuordnung schon begonnen, als der Schacht die Prokura des Bankhauses Morgan präsentierte. Gerade hatte man die Weisesten auserwählt, um wenigstens in Berlin der Not zu steuern, da kam Befehl von Schacht an das rote Berlin, daß nicht der Not zu steuern sei, sondern daß die Not zu steuern habe. Die Kommunisten sind ganz empört darüber; gerade hatten sie so viele Stimmen bekommen, daß sie den Berlinern zeigen konnten, was wahre Weisheit der Erwählten vermöge, da kamen ihnen Scholtz und Maier dazwischen, und nun haben sie zwar das Recht, Anträge zu stellen, aber der Oberpräsident von Potsdam bestimmt, ob sie angenommen werden dürfen. Heinz Neumann verspricht uns ja aber jetzt die Revolution; das Proletariat soll damit über rascht werden: wenn Thälmann pfeift und Leow mit dem Pfropfen knaflt, gehts los. Eintritt zur Barrikade nur gegen Vorzeigung des Parteibuches.

Ist es nicht zum Speien, wie die sogenannten Arbeiterführer bei einer so verzweifelten Verelendung, wie sie augenblicklich einsetzt, nur wieder ihr armseliges kleines Reklamegeschäft zu fördern trachten? Zweimal hat in den letzten Wochen Zörgiebel unter Bruch des für ihn maßgeblichen Rechtes die „Rote Fahne“ verboten. Die „Rote Fahne“ aber ruft nicht die Revolutionäre aller proletarischen Richtungen zur Solidarität auf, sondern wendet sich mit allen Klagen nur an die Sozialdemokraten, um ihnen zu zeigen, daß sie auf falschen Wegen seien. Und Bekundung von Solidarität sieht sie nicht in vereinten Aktionen aller Revolutionäre gegen den gemeinsamen Feind unter Zurückstellung alles Trennenden, sondern im Hurra-schreien auf Stalin und auf die Beschlüsse des Kongresses der Gewerkschaftsopposition (nach denen die aus dem ADGB. Ausgeschlossenen dafür kämpfen sollen, daß sie wieder aufgenommen werden. Ubrigens: was ist eigentlich aus den Beschlüssen des famosen Kongresses „der Werktätigen“ geworden?). So traurig es ist: die großenteils ausgezeichnete revolutionäre Gefolgschaft der KPD. ist für den gemeinsamen Kampf des revolutionären Proletariats so gut wie ausgeschaltet, so lange sie eben Gefolgschaft der KPD.-Führung ist. Diese Führung sieht weit und breit nichts anderes als die Führung der SPD., die ja in der Tat aus der Partei der Bebel und Singer eine Partei der Knebel und Zwinger gemacht hat. Aber die revolu-

tionäre Arbeiterschaft, die aufs Ganze will, bedankt sich dafür, wieder dafür in den Kampf zu gehen, daß bloß eine neue Garnitur Auserwählter die alte Weisheit aller knechtenden Obrigkeit über sie ausgießen darf. Ihr ist es egal, ob der Motor des Staates von sozialdemokratischem Bonzin oder von bolschewistischem Bonzol getrieben wird. Sie will eine Revolution, die mitsamt dem Staat auch die Bonzokratie aller Sorten in die Luft sprengt.

Eselein, streck dich

Die Kerle, die sich seit Wochen vor einem Berliner Gericht wegen der Fälschung russischer Geldscheine zu verantworten haben, sind georgische Konterrevolutionäre und internationale Weißgardisten. Das ist viel wichtiger als die besondere Betätigung ihrer reaktionären Gesinnung durch die Tschervonzenfälschungen. Dem Karumidse hält die „Weltbühne“ einen Strauß früherer Leistungen unter die Nase, dessen Blüten sehenswerter sind als die, die er mit seinem Kumpan Sadathieraschwili und etlichen deutschen gesinnungsverwandten oder geschäftsbeflissenen Helfern herstellte. Danach war Herr Karumidse vor dem Kriege schon Parteigänger des Großfürstenklüngels und Mitglied der Schwarzen Hundert, während des Krieges Agent der deutschen Militärpartei, 1924 beim kaukasischen Aufstand grausam rächender Tscheka-Mann der Bolschewisten, 1926 aber schon in Konstantinopel als Spekulant mit Tschervonzen-Nachahmungen tätig. Diesmal steckt mit den beiden tüchtigen Georgiern außer ein paar Tolpatschen ein Haufen wohlbekannter Herrschaften zusammen, der General Hoffmann selig aus Deutschland und der Oel-Deterding aus England, der Kapitän Ehrhardt von anno Wiking und der Oberland-Weber von anno Hitler, der schon einmal statt allerlei Hochstapler einen künftigen republikanischen Minister, Herrn Frick, neben sich auf der Anklagebank gesehen hat. Es ist nicht recht verständlich, warum bei so beschaffenen Umständen die Kommunisten so großen Wert darauf legen, die Tätigkeit der Georgier als einfache kriminelle Handlungen des Eigennutzes erscheinen zu lassen. Bloß, damit die Amnestie von 1928 nicht für sie angewendet wird? Das wäre doch viel weniger bedenklich, als daß man ihre weit ausgreifenden Kriegspläne gegen Rußland bagatelisierte. Hier liegt wirklich einmal ein Komplott zur bewaffneten Intervention vor — und da ängstigt man sich, daß die Leute dem deutschen Gefängnis entgehen könnten. Bedeutsam an der Angelegenheit ist das Zutagetreten der Sympathien bei europäischen Militärs und Riesenspekulanten für den Kriegszug um die Austilgung des Bolschewismus und um die Ausbeutung reichlichen Petroleums. Man könnte derartige Kriegspläne gegen Rußland sehr ernst nehmen, wüßte man nicht, daß ihnen ein von gegenseitigen Offiziersbesuchen und mancherlei munitiösen Gefälligkeiten gepflegtes Gegenspiel noch einflußreicherer deutscher Nationalbarden und russischer Macchiavellisten entgegenwirkt. Die Behauptungen des Bessedowski sind durch die Tatsache nicht widerlegt, daß Bessedowski ein Lump ist. Aber die Entrüstung über das Geldfälschen sollte man doch ein wenig bremsen. Es gehört schon ein gehöriger Respekt vor dem staatlichen Münzmonopol dazu, die Errichtung einer Privatkonkurrenz dazu als grauenvolles Verbrechen zu empfinden. Einer der Georgier hat übrigens mit Recht darauf hingewiesen, daß die Erfindung einer Eselein-streck-dich-Maschinerie ein auch von Staaten gegen einander gern angewandtes politisches Kampfmittel ist, ja, daß unsere biedere deutsche Republik zur Zeit der Ruhr-

besetzung fröhlich hausgemachtes Regiegeld in Umlauf gab. Dann haben die Ungarn die Franzosen mit München-Budapester Franken der Banque de France geärgert, und bei der Entdeckung der Herkunft der vielen Tausenden von wohlgelungenen 100-Dollarnoten kann einen nur eins kränken: die Entdeckung. Die „Rote Fahne“ dementiert die Behauptung so eifrig, daß die Fischersche Engros-Geldwerkstatt revolutionären Zwecken gedient habe, daß man ihr glauben muß und nur kopschüttelnd schade! seufzen möchte. Es ist zwar verboten, amerikanische Banknoten im eigenen Laden herzustellen und die Produkte unter die von Uebersee als echt gesegneten zu mischen, aber daß man von sowas träumt, ist bei Anarchisten wenigstens nicht verboten. So lange die Forderung des Kommunismus nach freier Produktion, freiem Verbrauch nicht verwirklicht und Geldbesitz die Erfüllung aller Wünsche ist, wird das Grimmsche Märchen vom Eselein-streck-dich eine anregende Lektüre sein.

Ein ernstes Wort

an alle Freunde und Leser des FANAL!

Soll unsere Zeitschrift am Leben erhalten werden, so ist größere Regsamkeit, stärkere Opferfreudigkeit ihrer Anhänger nötig! Trotz vieler ermutigenden Zurufe und erfreuten Beifalls ist der materielle Bestand des Blattes immer noch nicht gesichert. Der Herausgeber erklärt allen Ernstes, daß seine Möglichkeiten, Geldquellen zu erschließen, bis zum Rest erschöpft sind. Gelingt es nicht, die Genossen und sympathisierenden Leser zu wirksameren Leistungen für FANAL zu gewinnen, so besteht kaum mehr eine Aussicht, die nun im vierten Jahre fortgesetzte Arbeit am Leben zu erhalten. Die zur Veröffentlichung der Broschüre „Von Eisner bis Leviné“ nötigen Mittel wurden durch neue Verschuldung des Herausgebers aufgebracht. Statt daß aber die Einnahmen aus dieser Schrift zur Abdeckung ihrer eigenen Kosten und zur Schaffung eines Verlagsfonds zwecks Herausgabe weiterer Einzelveröffentlichungen verwendet wurden, wie es beabsichtigt war, mußten bis jetzt alle Erträge zur Finanzierung der regelmäßigen Unkosten des FANAL dienen, ohne daß die Schulden sich im geringsten abgelten ließen, ohne daß bei Verkauf der ersten Auflage ein Neudruck der Broschüre gesichert wäre.

Die schwere Wirtschaftskrise macht sich selbstverständlich bei einem hauptsächlich auf proletarische Leser angewiesenen revolutionären Organ heftig bemerkbar. Fortwährend treffen Abbestellungen arbeitslos gewordener Genossen ein. Dazu kommt die Unmöglichkeit, das Blatt im Berliner Straßenhandel zu verbreiten, da der linke Zeitungsdienst seine Tätigkeit eingestellt hat, die alle Bahnhöfe und Kioske beliefernde Firma Stilke aber sich beharrlich weigert,

FANAL zum Verkauf zu bringen. Endlich läßt die Pünktlichkeit der Abrechnung mancher Mehrbezieher viel zu wünschen übrig.

Die politische und wirtschaftliche Lage erfordert unbedingt das Bestehen einer zur Propaganda der anarchistischen Auffassungen geeigneten revueartigen Zeitschrift, wie FANAL sie darstellt. Wir glauben, daß dieses Blatt nicht nur gesichert sein müßte gegen ständige Existenznot, sondern in der Lage sein sollte, durch vermehrte Propaganda seinen Wirkungskreis erheblich zu erweitern. Wäre Geld vorhanden, so könnten Prospekte gedruckt werden, durch Inserate in verwandten Blättern und durch Plakatwerbung könnten neue Leser gewonnen werden, die Sabotage des monopolisierten Berliner Großhändlers könnte gebrochen werden.

Die Sammelisten müssen besser in Umlauf gesetzt werden. Die Organisationen müssen sich der von der Neuköllner Weihnachtskonferenz gebilligten Absicht erinnern, eine bestimmte Anzahl Hefte auf Risiko fest zu beziehen. Exemplare, die nicht/abgesetzt werden können, sollten an arbeitslose Genossen mit Verlust oder umsonst abgegeben werden. Die Anschaffung von Büchern aller Art kann, durch die Geschäftsstelle des FANAL bestellt, der Zeitschrift den Buchhändlergewinn als Nebeneinnahme sichern. Vermögendere Leser könnten freiwillig einen höheren Bezugspreis zahlen, bei Veranstaltungen jeder Art wären Tellersammlungen nützlich. Besonders bitten wir die Genossen überall, FANAL in allen zugänglichen Versammlungen zu kolportieren. Alte Hefte stehen noch in großer Anzahl zu Propagandazwecken zur Verfügung.

Genossen! Freunde! FANAL ist in Not! Alle Kräfte müssen angespannt werden, um unsere Zeitschrift zu retten und lebensfähig zu machen!

Die Anarchistische Vereinigung Berlin.
Erich Mühsam, Herausgeber des FANAL.
Verlag des FANAL.

ANARCHISTISCHE VEREINIGUNG BERLIN

Zusammenkunft

regelmäßig Donnerstags 19 $\frac{1}{2}$ Uhr
im Lokal Köhler, Neukölln,
Ziethenstr. 64

Donnerstag, d. 8. Februar

Vortrag von B. Cahn:
Herrschaft, Volksherrschaft —
Herrschaftslosigkeit.

Donnerstag, d. 20. Februar

Vortrag von H. Rüdiger:
Anarchismus als Aktionsprinzip.

Das Erscheinen aller Kameraden wird erwartet!

Gruppe Zentrum

Alle am Aufbau der Gruppe interessierten Genossen treffen sich
bis auf weiteres jeden Freitag, 19 $\frac{1}{2}$ Uhr, beim Genossen Gerhard
Reinicke, Bln. NO 18, Landsberger Straße 32, Aufg. C., 3 Tr.

Auf Sammeliste für FANAL durch Carl Börder, Lütgendort-
mund, Mk. 6.—, erhalten.

Hellos Gomez

Gegen die spanische Reaktion

Mappe mit 25 Blättern M. 2.50

Diese Mappe ist im Auftrage der Internationalen Arbeiter-Assoziation herausgegeben. Der Reinertrag fließt restlos den Opfern der spanischen Reaktion zu. Die Mitglieder der Gilde freier Bücherfreunde lernten den ausgezeichneten spanischen Künstler Gomez durch die Tuschezeichnungen „Panait Istrati“ kennen. Die vorliegenden 25 Blätter sind ein Meisterwerk revolutionärer Kunst. Der billige Preis ermöglicht jedem die Anschaffung dieser Mappe..

Bücher und Schriften

VON ERICH MÜHSAM

JUDAS

Arbeiter-Drama in 5 Akten
Malik-Verlag, Berlin

Preis: brosch. 1,60 Mk. geb. 2,40 Mk.

BRENNENDE ERDE

Verse eines Kämpfers
Kurt Wolff Verlag, München

Preis: brosch. 2,— Mk. geb. 3,40 Mk.

ALARM

Manifeste aus 20 Jahren
Verlag „Syndikalist“, Berlin

Preis: geb. 2,— Mk.

STAATSRÄSON

Ein Denkmal für Sacco und Vanzetti
Verlag Gilde freiheitlicher Bücherfreunde, Berlin

Preis: brosch. 2,— Mk. geb. 3,— Mk.

SAMMLUNG

Auswahl aus dem dichterischen
Werk 1898—1928

I. M. Spaeth Verlag, Berlin

Preis: brosch. 5,50 Mk. geb. 8,— Mk.

VON EISNER BIS LEVINÉ

Persönlicher Rechenschaftsbericht über die
Revolutionsereignisse in München
FANAL-Verlag, Berlin-Britz

Preis: 0,90 Mk.

**Bezieht Bücher jeder Art durch die
Geschäftsstelle des FANAL!**